

KÖLN UYARI NÖBETİ ALMAN HALKININ GÜVEN VE DESTEĞİNİ KAZANDI. HER MESLEKTEN KİŞİLER DAYANIŞMADA BULUNDU.

L. Scholl
Pädagog.-Arbeitskreis e.V.
Leiter
Hirschbüschstr. 20, S. Wot. 41

FLÖZ
An
Sensenbadweg
Hirt
Fem Bulduca

17.8.83
SANDERS HANS-CENTER
EV. ZIONSGEMEINDE
PRIOR
2800 BREMEN

Herrin Janku

sation:
Organ:

Hans Georg Ossebach
Redakteur
Goethestr. 27 5 Köln 60

Neuware Naimanns
Hausfrau
Triedstr. 18, 5608 Radevormwald

Einzelpersonen:
Name
Organisation
Funktion
Anschrift

Sei Lea Liane
Angehörige
5000 N 60, Memmert Nr. 57

Michael VLPIUS
Schulmeister
Hauptmannstr. 7, 4650 Gutfreien

LOEPELMANN, GÖTZ
REGISSEUR
5441 Zettingen, Kirchstr. 5

WILLI KOHL
HAUFHANN
WILR LANGENFELD - Carl-Leverkuhle 13

Timpte Ulrich
Pfarrer
Heisenbergerstr. 482 4300 Essentz

Helles Arbeit
5 Köln 41
Handwerkerstr. 12

ERKAN TÜRKSOY
ARCHITECT
STRUNDENER STR 27 5 Köln 80

Autodias
Hilfer
Hilferstr. 24
Düsseldorf

Einzelpersonen:
Name
Organisation
Funktion
Anschrift

Raima Zippin
Soldat
5630 Zeltel 1

Otto Gehindler
Journalist
Dourwaldstr. 5
Ostwall 15
4650 Krefeld

Ich fordere die Bundesregierung
liche Hilfe an die faschistische
in der Türkei einzustellen.

Personen:

Andrea B. Bhatti
Via Cappuccina 13 Venezia
ITALY

Einzelpersonen:

Name : VERLEE DIRK
Organisation : KSA - VKSJ (KSJ)
Funktion : RESPONS... GROUPE DE BASE
Ansch... : PROVIN... ACCO HERZEE (BELGIEN)

Personen:

Beverley BORG
AMNESTY INTERNATIONAL
Teacher UNION of AUSTRIA
13 CHITUNGA RD
EDEN HILLS
Adelaide
AUSTRALIA

Edgar Pfeifer
Kehler
VIA CURIA
MILANO

Dalija
Borhov

Tijon
ISRAEL

Manou Chrissoula
Lewerim
Oed... Griedenland

Lukas
Schulo
LAAK

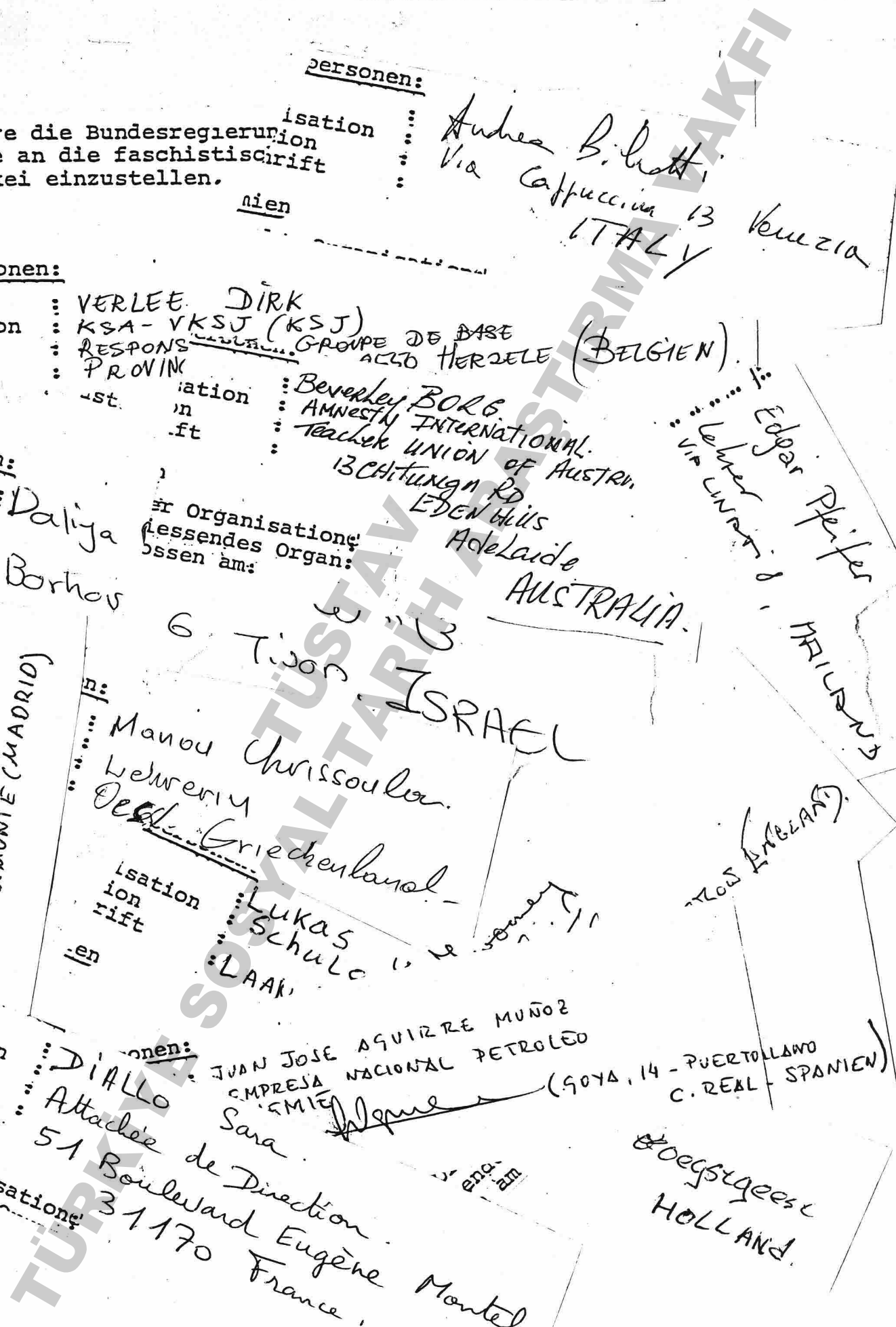
JUAN JOSE AGUIRRE MUÑOZ
EMPRESA NACIONAL PETROLEO
Sara

(904, 14 - PUERTOLLANO
C. REAL - SPANIEN)

DIALLO
Attachée de Direction
51 Boulevard Eugène Montel
31170 France

Boegstgees
HOLLAND

SCHWOCHERT
ADICLA D. MONTE (MADRID)
SAULO
SCHÜ...
CIRIO



Ich/Wir unterstützen die Forderungen der hungerstreikenden politischen Gefangenen in der Türkei:

Einstellung der Folterungen und der Schikanen;

Medizinische Behandlung der Kranken, Verbesserung der gesundheitswidrigen Unterbringung;

Besucherlaubnis für die Angehörigen und die Rechtsanwälte;

Unterbringung der Gefangenen (wie bisher) in grösseren Gruppen statt in Zellen wie neuerdings vorgesehen;

Aufhebung des Verbots von Büchern und Zeitungen sowie Schreibzeug;

die kürzlich zwangsweise eingeführte einheitliche Gefängniskleidung soll rückgängig gemacht und das Tragen von Zivilkleidern wieder erlaubt werden;

Ich fordere die Bundesregierung auf jegliche Hilfe an die faschistische Diktatur in der Türkei einzustellen.

Einzelpersonen:

Name :
Organisation :
Funktion :
Anschrift :



Deutsche Kommunistische Partei
Kreisvorstand Gelsenkirchen
Luitpoldstraße 57 • Telefon: 82453
4650 Gelsenkirchen

Gremien

Name der Organisation:
Beschliessendes Organ:
Beschlossen am: 10.8.63

TÜRKIYE SOSYALİSTİK İŞÇİLER PARTİSİ (TİP) ARKADAŞLARININ VAKFI

Kreisvorstand
Aachen

51 Aachen
Schildstr. 5
Tel. 32561

Datum 10. August 1983

An die
Mahnwache Organisationkomitee
Verein der Arbeiter aus der Türkei e.V.
Neuser Str. 81

5000 k ö l n 1

Liebe Genossen!

Mit Eurer Mahnwache wollt Ihr auf die Situation der politischen Gefangenen in der Türkei aufmerksam machen und Euch mit den Häftlingen in den türkischen Gefängnissen solidarisieren, die seit dem 7. Juli 1983 einen Hungerstreik durchführen.

Auch wir unterstützen die Forderungen der politischen Gefangenen

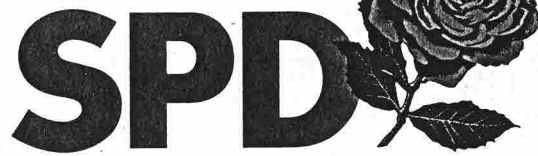
- Einstellung der Folterungen und der Schikanen
- medizinische Betreuung der Kranken, Verbesserung der gesundheitswidrigen Unterbringung
- Besucherlaubnis für die Angehörigen und die Rechtsanwälte
- Unterbringung der Gefangenen (wie bisher) in grösseren Gruppen statt in Zellen, wie neuerdings vorgesehen
- Aufhebung des Verbots von Büchern und Zeitungen sowie Schreibzeug
- die kürzlich zwangsweise eingeführte einheitliche Gefängniskleidung soll rückgängig gemacht werden und das Tragen von Zivilkleidern wieder erlaubt sein

und wir solidarisieren uns mit Eurer Mahnwache.

Mit sozialistischen Grüßen

Detlef Peikert

(Detlef Peikert, Kreisvorsitzender der DKP Aachen)



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN

SPD-Landesverband Schleswig-Holstein · Postfach 41 29 · 2300 Kiel

An den
Verein der Arbeiter
aus der Türkei e.V.
Neusser Straße 81

5000 Köln 1

2300 Kiel 1, den 15. August 1983
Kleiner Kuhberg 28
Telefon (04 31) 9 12 51
Telex 02-929 57
Bank für Gemeinwirtschaft, Kiel, Nr. 10 505 552
Kieler Spar- und Leihkasse, Kiel, Nr. 109 033
Postscheck: HH 3079 19-205 · SPD Schleswig-Holstein

Sehr geehrte Herren,

am 13. August haben wir ein Telegramm mit folgendem Wortlaut
an die Türkische Botschaft in Bonn gesandt:

Der Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein erklärt
sich solidarisch mit den streikenden politischen
Gefangenen in der Türkei und mit der Mahnwache in Köln."

Wir wünschen, daß Ihre Aktion Erfolg gehabt hat.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.

H. Loeper
(Helga Loeper)

Sympathisanten der Tudeh-Partei Iran
Sympathisanten der
Volksfedajin (Mehrheit) Iran
Köln

Verein der
Arbeiter aus der Türkei
Neusser Str. 81

Köln, den 9. August 1983

5000 Köln 1

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unsere Organisationen übermitteln Euch solidarische Grüße und wünschen Euch viel Erfolg für Eure Mahnwache, die vom 10. bis 12. August hier in Köln stattfindet.

Anlaß ist der Hungerstreik der 2 500 politischen Gefangenen, die unter unmenschlichen Bedingungen in türkischen Militärgefängnissen festgehalten werden. Eure Solidarität mit den türkischen Demokraten ist auch unsere Solidarität. Wir unterstützen Eure Forderungen, denen mit dem Hungerstreik und der Mahnwache Nachdruck verliehen werden soll:

- Schluß mit den Folterungen und Repressalien
- Medizinische Versorgung der Kranken und Beendigung der gesundheitsgefährdenden Unterbringung von Gefangenen
- Besuchserlaubnis für die Angehörigen und Rechtsanwälte
- Unterbringung der Gefangenen in Gemeinschaftszellen und nicht in Einzelzellen, wie derzeit vorgesehen
- Aufhebung des Verbots des Zugangs der Gefangenen zu Büchern, Zeitungen und Schreibmaterial
- Rücknahme der zwangsweise eingeführten Bekleidung der Gefangenen mit der einheitlichen Gefängniskleidung!

Mit solidarischen Grüßen



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft · Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 9, DGB-Haus, 5000 KÖLN 1

Stadtverband Köln

Hans-Böckler-Platz 9, DGB-Haus
5000 KÖLN 1
Telefon 51 62 67

An die

Kölner Presse

TAZ

Frankfurter Rundschau

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Köln
Konto Nr. 7202 963, BLZ 370 50198

Postscheckkonto Köln
Konto N. 1098 73-505, BLZ 370100 50

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht

Unser Zeichen

Datum

ho/bro

10.8.83

Betr.: Mahnwache zur Unterstützung der hungerstreikenden politischen Gefangenen in der Türkei am Kölner Dom
Hungerstreik in Bonn

Sehr geehrte Damen und Herrn!

Seit einigen Tagen findet in Bonn zur Unterstützung politischer Gefangener in der Türkei, die sich in großer Zahl im Hungerstreik befinden, ein Hungerstreik statt. Vor dem Kölner Dom findet seit heute Morgen eine mehrtätige Mahnwache mit dem gleichen Ziel statt! Wir bitten Sie in diesem Zusammenhang unsere nachfolgende Presseerklärung zu berücksichtigen:

Presseerklärung

Der Stadtverband Köln der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützt die Forderungen der hungerstreikenden politischen Gefangenen in der Türkei. Aus diesem Grunde unterstützt die GEW-Köln den in Bonn stattfindenden Hungerstreik und die seit heute Morgen am Kölner Dom stattfindende Mahnwache zur Unterstützung der hungerstreikenden politischen Gefangenen in der Türkei.

Im NATO-Land Türkei, das von der Bundesrepublik sowohl Wirtschafts- als auch Militärhilfe erhält, sind die Menschenrechte außer Kraft gesetzt. Dies hat die GEW-Köln zum wiederholtem Male am Schicksal unserer Kollegen Sakir Bilgin, der widerrechtlich und allen Menschenrechten zum Trotz seit Anfang dieses Jahres in der Türkei gefangen gehalten wird und auch gefoltert wurde, erfahren müssen.

So wie es unserem Kollegen Sakir Bilgin ergeht, so werden tausende Demokraten und Gewerkschafter in ihren Menschenrechten beschränkt, ihrer Freiheit beraubt, gefoltert und sogar mit dem Tode bestraft, weil sie ihre demokratischen Rechte in Anspruch nahmen.

Darüber kann kein ehrlicher Demokrat schweigen und kein engagierter

Gewerkschafter hinwegsehen. Die inhaftierten Demokraten und Gewerkschafter in der Türkei, die jetzt für Erleichterungen ihrer Haftbedingungen mit ihrem eigenem Leben kämpfen, haben unsere uneingeschränkte Solidarität.

Wir fordern von der türkischen Militärjunta, die Forderungen der politischen Gefangenen zu erfüllen.

Wir fordern von der Bundesregierung jegliche finanzielle Hilfe für die Militärjunta in der Türkei einzustellen.

gez. Reinhard Hocker
(Vors. der GEW-Köln)

Klaus Brockerhoff
i.A. Klaus Brockerhoff

TÜRKIYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Duisburger Türken proteslieren

Gegen die Folter

Gemeinsame Erklärung erarbeitet

Auf das Schicksal ihrer inhaftierten Landsleute in der Türkei will der Verein der Arbeiter aus der Türkei aufmerksam machen. Zusammen mit dem demokratischen Arbeiter- und Studentenverein und dem Fortschrittlichen Arbeiterverein Bruckhausen haben sie eine Protesterklärung erarbeitet.

Über 2500 inhaftierte Türken sind in Istanbul in den Hungerstreik getreten. Seit vier Wochen wollen sie so Folterungen und unmenschlichen Haftbedingungen protestieren. Die Duisburger Türken weisen darauf hin, daß das Leben der Gefangenen in höchster Gefahr sei. Drei seien bereits gestorben und weitere 40 lägen im Koma.

In ihrer Erklärung fordern sie, Folterungen und Hinrichtungen politischer Gefangener zu beenden. Nur so sei das Leben tausender Demokraten

und Antifaschisten zu retten. Die Haftbedingungen sollen verbessert werden und die inhaftierten als politische Gefangene anerkannt werden. Insbesondere solle ihnen freier Kontakt zu Anwälten und Angehörigen gewährt werden.

Von der Bundesregierung wird in der Erklärung gefordert, die finanzielle und materielle Unterstützung an die türkische Regierung sofort einzustellen und keine Abschiebung und Aushlieferung von türkischen Staatsangehörigen zuzulassen.

2. AGUSTOS W/RZ Solidarität mit Hungerstreikenden

Türken bitten um Unterstützung

„In türkischen Gefängnissen befinden sich zur Zeit etwa 2 500 Menschen im Hungerstreik. Drei Gefangene sind bereits verhungert, 40 liegen im Koma, 150 weitere sind so geschwächt, daß sie in Krankenhäusern behandelt werden müssen.“

So lauten die Anschuldigungen von vier Duisburger Gruppen, die sich mit den Gefangenen in der Türkei solidarisiert haben. Nach Agenturmeldungen befinden sich die Gefangenen bereits seit Anfang Juli im Hungerstreik. Ihr Protest richtet sich gegen Folter, Scheinprozesse und Massenverhaftungen. Sie verlangen, als politische Gefangene anerkannt zu werden, eine Forderung, die ihnen von der türkischen Regierung bisher verwehrt worden ist.

„Vier Duisburger Gruppen

haben zu Solidaritätsaktionen mit den Inhaftierten aufgerufen. Es sind der Demokratische Arbeiter- und Studentenverein Hochfeld, der Fortschrittliche Arbeiterverein Bruckhausen, der Verein der Arbeiter aus der Türkei/Pollmannstraße und der Kurdische Arbeiterverein. Wie die Gruppen mitgeteilt werden die Aktionen von Angehörigen der Inhaftierten unterstützt. Einige der Familienmitglieder sind ebenfalls in den Hungerstreik getreten.

In den Räumen des Demokratischen Arbeiter- und Studentenvereins, H. C. Wörthstraße 16, findet Donnerstag, 4. August, um 17 Uhr ein Treffen statt. Gemeinsam mit Vertretern deutscher Organisationen und Parteien soll eine gemeinsame Protesterklärung diskutiert und beschlossen werden.

2. Augustos W/RZ

Türkische Vereine suchen deutsche Mitstreiter

Protest gegen Folter

Reichlich enttäuscht waren die vier türkischen Vereine, die sich in den Räumen des demokratischen Arbeiter- und Studentenvereins in Hochfeld getroffen haben. Von den deutschen Parteien, Jugendorganisationen und Verbänden, die sie zu einer Zusammenkunft eingeladen hatten, hatten nur vier einen Vertreter entsandt. Anliegen der Türken ist es, für ihren Protest gegen die Behandlung politischer Gefangener in ihrem Heimatland auch deutsche Mitstreiter zu finden.

In einer Erklärung machen die türkischen Vereine darauf aufmerksam, daß in den Kerker der türkischen Militärdiktatoren tausende politische Gefangene gegen Folter, Ermordung von Gefangenen und unmenschliche Haftbedingungen in den Hungerstreik getreten seien und mit ihnen viele ihrer Angehörigen. Allein in Istanbul seien über 2 500 Inhaftierte bereits seit vier Wochen im Hungerstreik. Ihr Leben sei in

größter Gefahr: „Drei sind bereits gestorben, 40 Gefangene liegen im Koma“, heißt es in der Erklärung.

Mit ihren Aktionen wollen sich die vier türkischen Vereine für das Ende von Folter und Hinrichtung politischer Gefangener in der Türkei einsetzen und auf eine Verbesserung der Haftbedingungen hinwirken. Unter diesen Forderungen wurden in verschiedenen Städten der Bundesrepublik und des benachbarten Auslands bereits Hungerstreiks begonnen. Außerdem wurden Briefe und Protesttelegramme an türkische Botschaften und Behörden geschickt. Das nächste Treffen der Gruppe findet am Donnerstag ab 17 Uhr in der Wörthstraße 16 statt.

3. Augustos

RHEINISCHE POST

Gegen Folter in Türkei demonstriert

Der Arbeitskreis Türkei/Ausländerfragen hat gestern die Diensträume des türkischen Sozialattachés am Wall besetzt, um damit gegen die Haftbedingungen zu protestieren, denen politische Gefangene in der Türkei unterliegen. Die Demonstranten verließen das Haus nach einer halben Stunde freiwillig, so daß die Polizei nicht mehr einzuschreiten brauchte. Friedlich lief anschließend auch die Übergabe einer Protestschrift an Bedienstete des Rathauses ab. Die Aktion richtet sich „gegen Folter, Unterdrückung und Terror der faschistischen Militärjunta in den Gefängnissen“. An die Bundesregierung appellierte die Bremer Gruppe zugleich, die Militär- und Wirtschaftshilfe für die Türkei einzustellen. Im Land des Halbmondes befinden sich derzeit 2500 politische Häftlinge in einem Hungerstreik, um ihre Haftbedingungen zu verbessern. (as)

fo/st

Bremen
Weser-Kurier
(3.8.1983)

Bremen

3.8.83

Türkische Gefangene hungern

Arbeitskreis bat Senat um Weiterleitung eines Protestes

(amü) Rund 9000 politische Gefangene in der Türkei befinden sich seit vergangener Woche im Hungerstreik. Diese Zahlen nannte gestern der Bremer Arbeitskreis Türkei/Ausländerfragen unter Berufung auf das zentrale Informationsbüro der evangelischen Studentengemeinde in Bonn. Dort laufen gegenwärtig alle aus türkischen Gefängnissen herausgeschmuggelten Informationen zusammen. Die Inhaftierten streiken (wie berichtet)

für bessere Haftbedingungen, gegen ein Besuchsverbot und vor allem gegen Folter.

Solidarität fand der Hungerstreik gestern auch in Bremen. Für etwa eine Stunde drängten Mitglieder des Arbeitskreises Türkei/Ausländerfragen in das Büro des türkischen Sozialattachés Am Wall ein und forderten ihn ultimativ auf, eine Protestnote an die türkische Regierung zu übermitteln. Indessen vergebens. Der Sozialattaché erklärte sich „für nicht zuständig“ und verwies an das türkische Generalkonsulat in Hannover. Die von ihm alarmierte Polizei griff indessen nicht ein.

Aufgeschlossener als der Sozialattaché zeigte sich der gestern im Rathaus tagende Senat. Ein Vertreter nahm die Protestnote des Arbeitskreises Türkei entgegen und sicherte zu, daß die Landesregierung sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterleiten werde. Der Arbeitskreis hat den Senat vor allem aufgefordert, sich für die Forderungen der Hungerstreikenden einzusetzen. Unabhängig davon wurden bereits am Vortag gemeinsam mit dem Bremer Landesverband der Grünen Protesttelegramme an die türkische Botschaft in Bonn, an den türkischen Staatschef in Ankara und an die deutsche Bundesregierung mit der entsprechenden Bitte um Einflußnahme gerichtet.

Der Hungerstreik hatte am 7. Juli in Istanbul begonnen. Am vergangenen Wochenende griff er nach Angaben des Bremer Arbeitskreises Türkei auch auf andere türkische Gefängnisse über. Sechs Hungerstreikende befinden sich nach neuesten Angaben aus Istanbul in Lebensgefahr. Günther Kahrs vom Bremer Arbeitskreis Türkei: „Der Oberbefehlshaber der Istanbuler Militärverwaltung, Haydar Saluk, erklärte, daß er den Massentod der Gefangenen in Kauf nimmt.“ In türkischen Zeitungen werde der Hungerstreik noch immer verschwiegen.



Unverrichteterdinge mußten die Mitglieder des Arbeitskreises Türkei vom Büro des türkischen Sozialattachés in Bremen abziehen. Er hatte die Demonstranten an das Türkische Generalkonsulat in Hannover verwiesen – und die Polizei alarmiert. (amü)

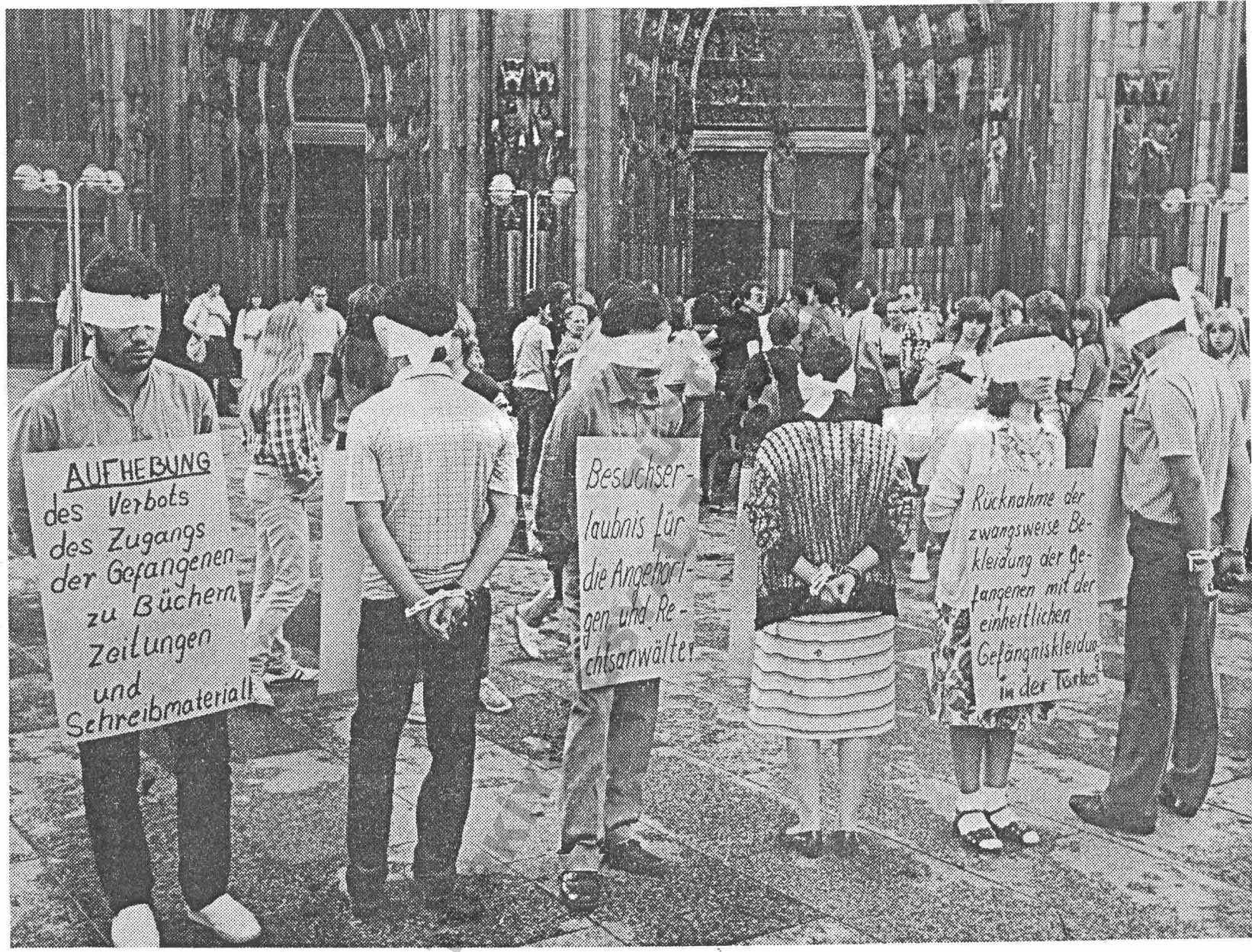
fo/st

le
n

Mahnwache von der Föderation der Türken (FIDEF) organisiert, haben die Teilnehmer auf den Straßen, die Folteropfer gewiesen. Bundespräsident Kohl hat Brandt zur wirtschaftlichen Hilfe der Bundesbürger erlangt sie der Men-

Brandt heißt die Einzelzellen werden inlagern desigen aus- zingend ärzt- gen, werden durch Folter werden nicht liefert." Der rsucht, sich digung einer ation einzu- ler Gefange- rsucht.

KP mit den politischen kei hat das Heinz Lang Mahnwache



Berufsverbote:

Halber Sieg für Leonhardt

Obwohl das Verwaltungsgericht Ansbach am 9. August durch Urteil alle „Zweifel an der Verfassungstreue“ des Nürnberger Lehrers Helmut Leonhardt ausgeräumt hat, muß der 35jährige Sozialdemokrat weiter um seine Anstellung in den Schuldienst des Landes Bayern kämpfen. Das Gericht hob zwar den Ablehnungsbescheid der Bezirksregierung von Mittelfranken auf, verpflichtete aber die Behörde lediglich, seinen Anstellungsantrag unter Beachtung des Urteilspruchs neu zu prüfen. Der Anwalt des seit acht Jahren berufsverbotenen Lehrers begrüßte den Tenor des Urteils, befürchtet aber, das Gericht habe seinen Mandanten für das weitere Verfahren „nur Steine statt Brot gegeben“. „Bayerns Kultusbürokratie hat in der Vergangenheit oft genug bewiesen, was sie von derlei Richtersprüchen hält: gar nichts. Wen die Herren einmal beim Wickel haben, den zerren sie erbarmungslos durch alle Instanzen.“

Die „Zweifel an der Verfassungstreue“, die bisher die Weigerung der Behörden zur Einstellung Leonhardts begründen sollten und sämtlich vom Gericht ausgeräumt wurden, beziehen sich auf Leonhardts frühere Mitgliedschaft im sozialistischen Hochschulbund (SHB) und eine Kandidatur auf einer Liste „Gewerkschaftliche Orientierung“ zu Studentenratswahlen. Zudem war ihm die Unterschrift unter einen Friedensaufruf mit dem „Vorwurf“ angelastet worden, er sei wegen seines Einsatzes für „friedliche Koexistenz“ ein Verfassungsfeind. Das Gericht wies dies ebenso zurück wie Vorhaltungen wegen Leonhardts Eintreten für das Nürnberger Bürgerkomitee gegen die Berufsverbote.

An den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft und zur Stadtverordnetenwahlberechtigung der Herbstaktionen gegen die Stationierung neuer US-

Liste der Organisationen, die die Mahnwache vor dem Kölner Dom unterstützen:

Die GRÜNEN im Bundestag - Bundestagsfraktion
Deutsche Kommunistische Partei - Parteivorstand

Jungsozialisten in der SPD - Bundesvorstand
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend - Bundesvorstand
Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken - Bundesvorstand
Deutsche Jungdemokraten - Bundesvorstand

Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner - Bundesvorst.
Deutsche Friedensunion - Direktion
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten - Präs.

Mereinigten Deutschen Studentenschaften
marxistischer Studentenbund Spartakus - Bundesvorstand
Sozialistischer Hochschulbund - Bundesvorstand
Verband der Initiativen in der Ausländerarbeit - Bundesvorstand

HBV Ruhr - Mitte

Stand: 10.8.1983 - 13.30 Uhr

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI